

Landwirte prangern EU-Beihilfen an

80 Rübenbauern nutzten Tagung, um auf Missstände aufmerksam zu machen

Köln/Rhein-Erft-Kreis. Sie hatten eine Kundgebung mit bis zu 400 Landwirten angekündigt, letztlich fanden sich aber auf dem Gelände der Landwirtschaftskammer in Köln-Auweiler nur knapp 80 Rübenbauern ein. Sie nutzten ihre jährliche Tagung mit der Zuckerindustrie, um ein Transparent zu entrollen.

Überall im Rheinland protestieren die Rübenbauern derzeit, zuletzt hatten an einer Kundgebung vor der Euskirchener Zuckerfabrik 180 Landwirte teilgenommen. Bernhard Conzen, Vorsitzender des Rheinischen Rübenbauern-Verbandes sieht landwirtschaftliche Betriebe und auch die verarbeitende Industrie in Deutschland gefährdet. „Es gibt innerhalb der EU eine Wettbewerbsverzerrung, die die deutschen Bauern pro Jahr und Hektar rund 500 Euro kostet. Wenn wir ständig draufzahlen, müssen wir aus der Produktion aussteigen“, sagt Conzen.

In elf von 19 EU-Staaten würden an den Rübenanbau gekoppelte Beihilfen gezahlt, in

15 Staaten Sondergenehmigung für EU-weit verbotene Neonicotinoide, eine Gruppe hochwirksamer Insektizide, erteilt.

„Gekoppelte Rübenbeihilfen müssen europaweit abgeschafft und Pflanzenschutzmittelzulassungen EU-weit vereinheitlicht werden“, heißt es in einer Pressemitteilung des Rheinischen Rübenbauern-Verbandes.

Im Rheinland bauen nach Angaben des Verbandes rund 3800 Betriebe auf etwa 50 000 Hektar Ackerfläche Zuckerrüben an. In 19 EU-Staaten plus der Türkei und der Schweiz werden auf insgesamt 1,3 Millionen Hektar (Stand 2015) Zuckerrüben angebaut.

Trotz der sehr ertragreichen Standorte im Rheinland seien die Wettbewerbsnachteile innerhalb der EU für die rheinischen Betriebe nicht aufzuholen. Beklagt wird auch, dass der Verzicht auf Neonicotinoide beim Rübenanbau nicht gleichwertig zu ersetzen sei und mit Vertragseinbußen einhergehe. (fun)



Rübenbauern aus dem Rhein-Erft-Kreis demonstrierten in Köln-Auweiler gegen Wettbewerbsverzerrungen in der EU. Foto: Funken